

Richard Meng

## Neue Führungsfrage

### Die Landtagswahlen in diesem Frühjahr verändern die Koordinaten der demokratischen Auseinandersetzung

So ganz überraschend kamen die Wahlergebnisse nicht. Wie fast immer war am Ende aber der reale Trend noch heftiger als sowieso erwartet. Umso wichtiger wird es sein, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Denn ab jetzt gibt es wieder etwas, was zeitweise verschwunden schien: eine Opposition von rechts. Die Auseinandersetzung mit deren Populismus verlangt Klarheit und nicht Anpassung.

Das vermeintliche Paradoxon der Landtagswahlen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ist die Stärkung der alten Führungsfiguren bei gleichzeitiger Schwächung ihrer bisherigen Koalitionspartner. Früher wäre das schwer denkbar gewesen. In der gewohnten Konkurrenz zweier politischer Lager müsste man andere Effekte erwarten, aber gerade diese Lagerkonkurrenz ist es ja, die an Bedeutung verliert. Jedenfalls dann, wenn nun unversehens die FDP als möglicher Partner für Rot-Grün bzw. Grün-Rot auftaucht, wenn die CDU notfalls sogar unter einem grünen Regierungschef arbeiten könnte und im Osten DIE GRÜNEN als kleiner Partner für Schwarz-Rot infrage kommen.

Inhaltlich steht im Zentrum all dieser Wandlungen und Verwerfungen der bislang humanitäre und europaorientierte Kurs der Bundesregierung. Mit der Auseinandersetzung darüber ist die Gesellschaft – wieder – sehr viel politikinteressierter und damit politischer geworden, aber eben auch polarisierter. Der bräsige Ruhezustand, in Sonntagsartikeln und -interviews so oft kritisiert, ist erst einmal durch einen aufgeregten Unruhezustand abgelöst. Und es geht ja auch – wieder – um etwas: um die Grundrichtung mehr noch als um einzelne Detailentscheidungen, um Weltoffenheit und europäische Ausrichtung, um die Definition von Fortschritt und hinsichtlich der erreichten Internationalität Deutschlands entweder um ein Zurückdrehen oder um eine Weiterentwicklung.

Dabei gerät schnell aus dem Blickfeld, dass nach wie vor klare Mehrheiten der Wählenden im Prinzip für eine Weiterentwicklung und gegen ein Zurückdrehen stimmen. Das ist wichtig, angesichts der internationalen Wahrnehmung, dass in Deutschland nun wieder die national denkende Rechte an Relevanz gewinnt. Doppelt wichtig ist dann aber, dass die Demokraten nicht aus Schwäche dieser national denkenden Rechten nach dem Mund reden. Begonnen hat das längst – in der CSU geradezu routinemäßig, aber die gleiche Versuchung gibt es mitunter in allen großen Parteien. Weil so schließlich früher die Parteiintegration oft funktioniert hat: Beruhigung nach innen durch Sprüche nach außen, Anleihen beim Populismus eben.

Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang, dass alte lagerinterne Anpassungsreflexe an populistische Kritik nicht mehr gegriffen haben. Die Methode CSU also, in Bayern immer wieder reflexhafte Routine bei gleichzeitiger landsmannschaftlicher Abkoppelung von der Bundesverantwortung und demonstrativer Distanz zum Berliner Machtzentrum. Die CDU-Spitzenkandidat/innen in den beiden Südwest-Ländern haben mit ihrer demonstrativen Distanz zur Kanzlerin versucht, dieses Prinzip zu kopieren. Vor allem für Julia Klöckner, zumal sie gleichzeitig Bundes-Vize der CDU ist, mündete

*Der national denkenden Rechten nicht nach dem Mund reden*

das im Desaster. Mit jedem ihrer vielen Medienauftritte halb pro und halb kontra Angela Merkel wuchsen die Zweifel an ihrer Seriosität und Substanz. Selten hat sich im Laufe eines Wahlkampfes die Stimmung so gedreht wie diesmal in Rheinland-Pfalz.

Der Grund, warum die Methode CSU-light nicht funktionieren konnte, liegt in der Schwächung des Lagerprinzips – was immerhin nach den drei Landtagswahlen alle gemerkt haben, nur die CSU in ihrer eigenen kleinen Welt nicht. Der Grund liegt darin, dass die Kanzlerin längst keine konservative, sondern eine soft-sozialdemokratische Politik macht, und die CDU diesen Wandlungsprozess in großen Teilen bislang auch mitvollzogen hat. Genau deshalb fällt es der SPD ja immer schwerer, neben einer solchen CDU-Regierungspolitik (in Baden-Württemberg in der Kretschmann-Variante) unverwechselbar Profil zu behalten und als tagespolitischer Machtfaktor wichtig zu bleiben.

Neben die alte Lagerlogik ist eine zweite, neue Funktionslogik auf dem Wählermarkt getreten. Es geht ab jetzt neben dem Rechts-Links-Schema mindestens genauso er-

*Neben das Rechts-Links-Schema tritt das Pragmatismus/Populismus-Schema*

kennbar um die Alternative zwischen Pragmatismus und Populismus, zwischen Weiterentwickeln und Zurückdrehen eben, zwischen Internationalität und Provinzialität, zwischen Offenheit und Engstirnigkeit bei der Definition der eigenen Interessen. In diesem Pragmatismus/Populismus-Schema

stehen all die unterschiedlichen Facetten rechtspopulistischer Stimmungsmache in Alternative zur pragmatischen Realpolitik. Und mitunter, speziell im Osten, gilt das auch für linkspopulistische Anpassung an diese Stimmungsmache. Anders sind zum Beispiel die Verluste der Partei DIE LINKE an die AfD in Sachsen-Anhalt nicht zu erklären. Und auch nicht so manche Wegwechsler von der SPD.

Man kann das bedauern und beklagen, aber das ändert nichts: Die größte Herausforderung der Demokratie seit der deutschen Vereinigung geht einher mit einem Aufschwung der Populisten von rechts, bedingt auch durch das Zurückkommen modernitätsfrustrierter Menschen in den Kreis derer, die zur Wahl gehen. Insofern gibt es durchaus einen formaldemokratischen Integrationseffekt, der sich aber in der Stärkung antimoderner Kräfte im Parlamentssystem auswirkt. Der so erzwungene Machtkonflikt mit den Populisten ist einerseits ein Fluch und eine Belastung, die Spur einer Chance steckt andererseits aber auch darin, weil die Realität der Gesellschaft nun einmal so ist und gesellschaftliche Modernisierung selten homogen und in linearen Prozessen abläuft.

Die CDU kommt dadurch jetzt erstmals in eine Lage, in der die SPD mehrfach schon war, zuletzt rund um die Agenda 2010 vor weit mehr als einem Jahrzehnt. Es ist eine Lage voller Verunsicherung und gespaltener Gefühle, in der man aber auch nicht dadurch wieder glaubwürdiger wird, indem man gleichzeitig für und gegen die eigene Politik auftritt. Es ist eine Zeit, in der beide Logiken – Lager- und Funktionslogik – nebeneinander existieren, teils widersprüchlich wirken und es deshalb erst einmal keine Blaupausen mehr gibt, in der nun insbesondere alter Konservatismus und neuer Pragmatismus nicht mehr zusammenpassen mögen. Selbst die CSU würde das weit schmerzlicher erleben, wenn sie nicht ähnlich wie die Linkspartei im Osten den Schutzschild der Regionalidentität hätte. So ein Schutzschild hilft beim Verdrängen, mehr aber auch nicht. Und bei der CDU hat Anpassung an die rechten Populisten, siehe Julia Klöckner, geradewegs zur Stärkung der SPD (oder in Baden-Württemberg der GRÜNEN) geführt. Das wird auch in Zukunft so sein, es sei denn die SPD wackelte selbst in Richtung Populismus.

Die allgemeine Verunsicherung wegen des Flüchtlingsthemas hat außerdem dazu geführt, dass die Bedeutung der Spitzenpersonen auf Länderebene weiter wächst. Auch dies haben die drei Frühjahrswahlen gezeigt. Die Menschen sehen in den Länderchefs und -chefinnen ihre Repräsentanten auf der immer dominanter erscheinenden Bundesebene. Insofern sind bei Landtagswahlen nun geradezu klassisch kommunale Politikreflexe erkennbar: Auf die Glaubwürdigkeit und Empathiefähigkeit der Spitzenfiguren kommt es an. Mit Parteifunktionsärsmentalität und bloßem Machtkalkül gegen sie anzutreten, führt ins politische Abseits.

Mögen die Meinungsumfragen mit ihren fiktiv-irreführenden Sonntagsfragen Monate vorher auch etwas anderes signalisieren: Das ist machtpolitisch wertlos. Zumindest in Flächenländern, in denen die Landespolitik im Alltag und medial kaum wahrgenommen wird, entwickeln sich erstzunehmende wahlbezogene Stimmungen immer erst wenige Wochen vor einer realen Abstimmung. Dann fällt der suchende Blick auf die Personen und ihre Botschaften, eher nachrangig inzwischen auf die Parteien und ihre Programme. Dass am selben Wahltag nebeneinander ein betulicher Grüner, eine zupackend-engagierte SPD-Frau und ein relativ ausdruckschwacher Ost-CDUler erfolgreich waren, zeigt die Offenheit dieser Rollenzuschreibung, jedenfalls nach den klassischen politischen Maßstäben.

Es geht dabei um Führungskompetenz, um Führung als Vertrauensrolle schlechthin. Insbesondere: um Klarheit und Glaubwürdigkeit ganz oben. Ersichtliches Taktieren verunsichert und fällt einer stark prozedural (statt programmatisch) ausgerichteten Medienberichterstattung auch schnell auf. Repräsentative Mediendemokratie in einer polarisierten, von rechts herausgeforderten Gesellschaft: Das bedeutet, dass die Mehrheit nach Haltepunkten sucht, ganz klassisch: nach identifikationsfähigen Personen für die zentralen Repräsentationsrollen im Staat. Und sie hofft, dass dadurch ein Machtmagnetismus entsteht, der dann an den Wahltagen kleinere und mittelgroße Parteien schnell weiter schrumpfen lässt, weil zum Beispiel auch ehemalige Stammwähler der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg unbedingt Winfried Kretschmann oder Grüne in Rheinland-Pfalz Malu Dreyer an der Spitze halten wollten.

Beide Effekte wirken künftig zusammen: die wachsende Bedeutung von Klarheit und Persönlichkeit an der Spitze – sowie gleichzeitig die Herausforderung der Mehrheitsgesellschaft durch den organisierten Rechtspopulismus mit fließendem Übergang hin zum Rechtsextremismus. Beides verändert die Koordinaten in der politischen Auseinandersetzung. Und es spricht wenig dafür, dass es unterhalb der Bundesebene in Zukunft gelingen wird, durch Anpassung an populistische Strömungen zu punkten, wenn die eigene politische Strömung auch im Bund Verantwortung hat. Im Gegenteil: Wer die Argumentation der Populisten auch noch selbst als ernstzunehmend und relevant erklärt, muss sich über deren Erfolge nicht wundern.

Denn so werden sie letztlich nur stark geredet (oder stark berichtet, wenn man den Anteil der Medienvertreter am Problem Populismus betrachtet). Der hysterische Hype »nach Köln«, als im Januar sehr unreflektiert bundesweit ein pauschalisiertes Angstbild von Übergriffen nordafrikanischer Männer entstand, wirkt rückblickend geradezu schauerlich. Es war die totale Überhöhung und Verallgemeinerung von Ortseignissen, zu denen insbesondere ein dramatisches örtliches Polizeiversagen beitrug. Aber Letzteres war, wenn kein Minister zurücktreten muss, zu kleinteilig und über Köln hinaus medial nicht lange spannend. Alle setzten sich auf das größere Angstthema – von rechten Hetzern über feuilletonistische Welträsonierer bis hin zu christlich-konservativen

*Es geht um  
Führungskompetenz*

Frauen, die beim Werben um CDU-Stimmen nun plötzlich bei sich selbst den Feminismus entdeckten.

Dass Integration ein Prozess wechselseitigen Kennenlernens und des Akzeptierens von demokratischen Werten ist, dass es viele kulturelle Aspekte umfasst und dass dazu insbesondere Männer- und Frauenbilder zählen: Das ist wahr und war in seiner Vielschichtigkeit »vor Köln« vielen sicherlich nicht klar genug. Aber zu Panikreaktionen im Zuge dieser Erkenntnis ist kein Grund. Wer sie schürte, betrieb bewusst oder unbewusst das Geschäft der Populisten. Vor allem seriöser Journalismus steht in solchen Situationen wahrlich vor schwierigen Abwägungen. Und je mehr er sich selbst in der Defensive sieht, desto größer ist auch hier die Versuchung der Anpassung. In dieser Hinsicht war manche Vorwahldebatte alles andere als mutmachend.

Indes: Glasklare Abgrenzung gegen die Populisten und realistisches Problembewusstsein sind kein Gegensatz, selbst wenn im öffentlichen Diskurs manchmal so getan wird. Man kann sich sehr wohl mit realen Problemen auseinandersetzen, ohne von den Talkshows bis hin zu allerlei Interviews den Populisten die Sprecherrollen fürs Problembewusstsein zuzugestehen. Das bedeutet gerade nicht opportunistische Anpassung à la CSU. Es bedeutet, mit Ernsthaftigkeit und zugleich Gelassenheit selbst die Probleme abzuarbeiten, allen voran das der Integration der vielen Flüchtlinge. In der Realpolitik wird das tatsächlich dann nur gehen, wenn mehr Finanzmittel bereit stehen, damit nicht neue soziale Spaltungen provoziert werden. Und seien es nur gefühlte.

Wer, wenn nicht die großen Parteien, soll das schaffen? Das ist der Punkt, an dem die neu gestellte Führungsfrage geradezu zwingend gegen die ständig wiederaufgewärmte Infragestellung der Volksparteienrollen spricht. Wohl wahr: Die großen Parteien werden kleiner. Aber sie bleiben immer noch groß und milieuübergreifend. Und nur sie können es schaffen, die Mehrheit der Menschen zusammenzuhalten, die in dieser weltweiten Umbruchsituation den zivilisatorischen Kurs EU-Europas stärken und nicht schwächen wollen – gegen die populistische Sehnsucht nach dem Gestern.



**Richard Meng**

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin. Soeben erschien bei Schüren: *Wir schaffen es (nicht). Politik und Medien in der Selbstwertkrise.*

[richard.meng@t-online.de](mailto:richard.meng@t-online.de)

*Dagmar Mensink*

## **Wohin führt Papst Franziskus die Kirche?**

Drei Jahre sind seit jenem Abend des 13. März 2013 vergangen, an dem Jorge Maria Bergoglio, Jesuit und Erzbischof von Buenos Aires, als Papst Franziskus auf den Balkon des Petersdoms trat und die Menge vor ihm und an den Bildschirmen mit einem schlichten »Buona sera!« begrüßte.

Er verdankt seine Wahl einem Erdbeben in der katholischen Kirche. Der Vatileaks-Skandal hatte Intrigen und Korruption in der Kurie und in der Vatikanbank enthüllt. Weltweit stand die Kirche aufgrund von Missbrauchsfällen durch Kleriker, darunter